

mogenität von Bedeutung. Herzog versteht darunter die Übereinstimmung der einzelnen Staaten und ihrer Völker in den zentralen Fragen politischer und ethischer Grundüberzeugungen sowie der Rechts- und Verfassungstraditionen.

Damit zusammenhängend formuliert Herzog Kritik an der „Aufnahmepolitik“ (S. 116) der Union. Diese begründet sich darin, dass der Fokus eher auf der politischen Ausrichtung des Beitrittskandidaten als auf seiner wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit liegt. Die einzige Lösungsmöglichkeit sieht Herzog in der Bildung eines Zwei-Ebenen-Europas. Dies bedeutet, dass auf der Ebene einer „Wirtschaftsgemeinschaft“ (S. 112) und der Ebene einer „europäischen Weltpolitik“ (S. 112) unterschiedliche Mitgliedsstaaten aufgenommen werden können.

Zuletzt betont Herzog die Verantwortung der einzelnen Regierungen, das zentrale Prinzip der Subsidiarität zu wahren und unkonkrete Regelungen zu vermeiden. Hierzu müssen schon im Gesetzgebungsverfahren konkrete Detailformulierungen durchgesetzt werden.

An das Ende seines Buches stellt Herzog eine stichpunktartige Zusammenfassung seiner kritischen Analyse. Dies ermöglicht es dem Leser, die einzelnen Ansätze zu verknüpfen: Der Vertrauensverlust in die EU wird mit der Zins- und Währungspolitik (einschließlich Finanzkrise), der fehlenden außenpolitischen Kompetenzen und vor allem der „Normenflut“ (S. 88) begründet. Daraus leitet Herzog abschließend sieben Forderungen zur Effizienzsteigerung der Europäischen Union ab. Diese sind zwar in den einzelnen Kapiteln bereits angeklungen, aber selten explizit ausgeführt worden.

Insgesamt ist die Logik der Argumentation Herzogs nachvollziehbar. Auf verständliche Weise werden das Konstrukt der Europäischen Union kritisch beleuchtet, Verfehlungen aufgezeigt und Lösungsansätze vorgestellt. Allerdings wünscht sich der Leser an manchen Stellen detailliertere Erklärungen und zusätzliche Literaturhinweise, die zu einem vertieften Einstieg in die Thematik hilfreich wären. Das Buch richtet sich weniger an ein Fachpublikum als vielmehr an die breite Öffentlichkeit. Es bietet eine ausgewogene Perspektive auf die Vor- und Nachteile der EU. Der Essaycharakter ist ansprechend, die knapp 160 Seiten lesen sich daher flüssig. Dem Buch ist eine interessierte Leserschaft zu wünschen.

RAMONA MARKMILLER



Ratka, Edmund: **Deutschlands Mittelmeerpolitik.**
Nomos Verlag: Baden-Baden 2014, 355 Seiten,
€ 64,00.

Das Buch ist eine Dissertation im Fach Politologie an der LMU München. Es ordnet sich thematisch in die Reihe der Versuche ein, das Mit-, Gegen- und Nebeneinander von national bestimmter Außenpolitik und gemeineuropäischer Politik der in der EU zusammengesetzten Partner zu analysieren. Hier

wird die Bundesrepublik Deutschland in ihrer Stellungnahme zu drei die Mittelmeer-Region betreffenden Themen herausgegriffen: zur von Frankreich angelegten „Union für das Mittelmeer“ (2007/2008), zum Arabischen Frühling in Tunesien und Ägypten (Ende 2010 bis zur Absetzung des ägyptischen Präsidenten Mursi durch das Militär im Juli 2013) sowie zum Libyen-Konflikt (2011). Die Grundfrage lautet: Wie europäisch ist die deutsche Mittelmeer-Politik?

Der Autor erarbeitet dazu drei Profile: Die Auseinandersetzung um die Gestaltung der „Union für das Mittelmeer“ wurde von Deutschland mit dem Ergebnis der europakompatiblen Modifizierung des Projektes, das vom damaligen Präsidenten Sarkozy einseitig und an der EU vorbei angestoßen worden war, im Schoße der EU geführt. Da die Mehrheit der EU-Partner, zumal im Osten und im Norden des Kontinents, den französischen Alleingang missbilligte, konnte Sarkozy durch die deutsche Diplomatie dazu bewegt werden, seine Initiative in eine Fortführung des 1995 angestoßenen Barcelona-Prozesses umzuwandeln. Das Interesse Berlins dabei war, neben der Vermeidung der drohenden Auseinanderdividierung der EU, auch das des Handelsstaates, der in der deutschen außenpolitischen Agenda einer der wesentlichen Leitwerte ist. Denn die neugeschaffene Union sollte der international anerkannten deutschen Expertise in Sachen Solar-Energie Entwicklungsfelder eröffnen.

Zweites Profil: Deutschland benutzt die Umbrüche in Tunesien und Ägypten, denen die Diktatoren Ben Ali und Mubarak schnell zum Opfer fallen, um dort durch signifikant verstärktes zivilgesellschaftliche Engagement zu einer neuen Art von Stabilität beizutragen, die nun-

mehr aus der erhofften demokratischen Entwicklung kommen soll. Das entspricht dem Wertekanon der EU, nur dass Deutschland in Tunis und Kairo eher zur Stelle war als etwa Frankreich, dessen Außenpolitik zunächst völlig überrascht war und daher Mühe hatte, sich auf die neuen Realitäten umzustellen. Insgesamt verfolgte Deutschland hier seine ebenfalls wesentliche Agenda der Zivilmacht und war damit EU-kompatibel.

Drittes Profil: die Weigerung der Bundesrepublik, sich 2011 an einem Militärschlag gegen Gaddafis Libyen zu beteiligen. Hier wirkte das deutsche außenpolitische Credo, international eine Friedensmacht im Sinne der Enthaltung von militärischen Aktionen zu sein (bei der Ausnahme Afghanistan war wohl der amerikanische Druck maßgeblich). Liest man Pro und Contra zu der viel diskutierten Entscheidung der Bundesregierung, kann man allerdings zu dem Ergebnis kommen, dass sowohl die Befürworter als auch die Gegner eines Bundeswehreinsetzes in Libyen gleich gute Argumente bieten. Man darf auf die zukünftige Positionierung Deutschlands gespannt sein, wenn in einem Konflikt wiederum die militärische Komponente angesprochen wird, und das angesichts des von Bundespräsident Gauck grundsätzlich angeordneten, stärkeren internationalen Engagements der Bundesrepublik.

Jedenfalls hat die deutsche Verweigerung gegenüber Libyen es verhindert, dass die EU in diesem Fall außenpolitische Einheit demonstrieren konnte. Berlin hat hier seine nationale Friedensmacht über die an sich gewünschte Tendenz gestellt, die EU endlich als einen glaubwürdigen Global Player gerade auch in Konfliktzonen präsentiert zu sehen. Das war die Hauptsache. Die Verärgerung über das aktionistische Vor-

drängen der Briten und Franzosen, die die europäische Solidarität strapazierten, kam erst in zweiter Linie. In der „Tiefenschicht“, unterhalb der politischen und gesellschaftlichen Diskurse, herrsche immer noch die nationale und nicht die europäische Sichtweise. Solange die EU sich nicht in einen veritablen Bundesstaat transformiert hat, wird es dabei wohl auch bleiben.

Leider konnte der Autor die deutsche Ägypten-Politik nach dem Staatsstreich des Militärs vom Juli 2013 nur noch kurz ansprechen, ebenso gibt es zur Syrien-Politik Berlins und der EU nur kurze Anmerkungen. Hier kann die Studie eines Tages gewissermaßen fortgeschrieben werden, denn der analytische Ansatz des Autors ist innovativ und damit geeignet, das Verhältnis der nationalen Außenpolitiken zu ihrem EU-Verbund weiteren Klärungen zuzuführen.

Drei Diskursgruppen sind zu beachten: die der Politiker, der Medien und der Experten. Diese müssen in Relation zueinander gesetzt werden, da in der pluralistischen europäischen Gesellschaft die blanke Diplomatiegeschichte nicht ausreicht, ebenso wenig die Betrachtung der Handlungsweise der europäischen Institutionen, die bei allem, jeweils genau festzustellendem Eigengewicht noch zu viel an Diplomatiegeschichte mit sich herumtragen, solange die einzelnen Mitgliedsstaaten die Herren der EU-Verträge bleiben.

Das liest sich dann streckenweise wie die Zeitung von vorgestern, doch eine derart facettierte Analyse, wie sie der Autor anstrebt, kommt um eine umfangreiche Quellenschau nicht herum.

BERND RILL



Jesse, Eckhard / Liebold, Sebastian (Hrsg.): Deutsche Politikwissenschaftler – Werk und Wirkung. Von Abendroth bis Zellentin. Baden-Baden: Nomos Verlag 2014, 849 Seiten, € 98,00.

Eine Bestandaufnahme der deutschen Politikwissenschaft anhand von 50 Porträts ausgewählter Politikwissenschaftler – diesen Kraftakt hat sich Eckhard Jesse zum Ende seiner universitären Laufbahn zusammen mit seinem Mitarbeiter Sebastian Liebold vorgenommen. Es finden sich namhafte Vertreter aus der Gründungszeit von 1949 bis 1965, als der antitotalitäre Konsens, so die Herausgeber, noch die Politikwissenschaft in der Bundesrepublik bestimmte (S. 46). In der „Ära der Konsolidierung und Erweiterung“ von 1965 bis 1980 differenzierte sich das Fach weiter aus – quantitativ wie qualitativ. Die Zeit von 1980 bis 1990 sehen die Herausgeber als eine Phase, in der die empirische Ausrichtung sowie die Policy-Forschung stärker Fuß gefasst hat. Die Zeit nach 1990 wird als Zeit der Konsolidierung, aber auch der weiteren Sektoralisierung des Faches gesehen. Insgesamt spiegelt sich die Auswahl der Porträtierten auch gut in diesem Zeitrahmen wider.

Natürlich muss eine Auswahl, selbst aus kenntnisreicher Perspektive, immer subjektiv sein. Sicher könnte man auf einige der Personenporträts auch verzichten – und jedem Fachkundigen fallen Namen ein, die gut in den Band gepasst hätten. Andererseits gilt dies auch